



Neujahrsempfang 2017 am 14. Januar 2017 Rede von Bürgermeister Dr. Tobias Benz

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„So treten wir ins neue Jahr getrost ein - und was im alten noch nicht war, erfülle sich im neuen!“ Diese Worte des Dichters Ludwig Eichrodt bringen schön eine Gelassenheit und optimistische Stimmung zum Ausdruck, die uns als Grundhaltung in diesen bewegten Zeiten hilfreich sein kann. War 2016 wirklich dieses annus horribilis, dieses schreckliche Jahr, als das es in den Medien häufig bezeichnet wurde? Diese Frage mag jeder für sich selbst beantworten. Auf alle Fälle gab es aber im vergangenen Jahr nicht nur Schatten, Bedrückendes und Furchteinflößendes, sondern auch viel Licht, positive Entwicklungen und Grund zu Freude.

Ich darf Sie alle herzlich zum diesjährigen Neujahrsempfang der Gemeinde Grenzach-Wyhlen begrüßen. Es freut mich, dass die traditionelle Veranstaltung auch im Jahr 2017 wieder auf eine sehr gute Resonanz stößt. Mit Ihrem Kommen bringen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihr Interesse an der Entwicklung Grenzach-Wyhle zum Ausdruck. Aufgrund der großen Zahl an Gästen bitte ich um Nachsicht, dass ich nicht alle namentlich begrüßen kann. Besonders willkommen heißen möchte ich unseren Abgeordneten im Deutschen Bundestag, Armin Schuster, mit seiner Frau. Es freut mich sehr, dass Sie heute Abend unsere Gäste sind!

Es ist eine schöne Tradition, die Neujahrsempfänge der Nachbarstädte und -gemeinden auf Deutscher und Schweizer Seite zu besuchen. Dies unterstreicht die Bedeutung interkommunaler sowie grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Mich freut es an dieser Stelle daher sehr, den Rheinfelder Oberbürgermeister Klaus Eberhardt mit Frau sowie meine Bürgermeisterkollegen Phillip Schmidt aus Efringen-Kirchen und Dr. Christoph Hofmann aus Bad Bellingen begrüßen zu dürfen. Ein herzliches Willkommen gilt auch den Vertretern unserer Schweizer Nachbargemeinden, Gemeindepräsident Hansjörg Wilde aus Riehen sowie Gemeindepräsident Peter Vogt aus Muttenz mit Gattin. Als Vertreterin von Frau Landrätin Dammann begrüße ich Frau Kreisrätin Karin Reichert-Moser. Es freut mich, dass auch unseren Kreisräte Annette Grether und Alexander Braun mit Frau den Neujahrsempfang besuchen. Ich möchte außerdem die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von Grenzach-Wyhlen sowie unseren Ehrenbürger Dr. Richter mit seiner Frau willkommen heißen. Ferner begrüße ich alle heute zu ehrenden Bürgerinnen und Bürger.

Ein herzliches Willkommen gilt den Vertretern der Industrie – Frau Heinstein für BASF sowie Frau Steiner, Herr Reinema und Herrn Bär, jeweils mit ihren Partnern für DSM sowie Dr. Wittal für Roche. An dieser Stelle möchte ich Ihnen dafür danken, dass Sie an der traditionellen Neujahrsspende der örtlichen Industriebetriebe, die die Gemeinde für soziale Projekte verwendet, auch in diesem Jahr festhalten. Dies drückt nicht zuletzt auch Ihre Verbundenheit mit der Gemeinde und dem Standort aus.

Ich freue mich, dass auch die Vertreter der örtlichen Kirchen den Weg heute Abend zu uns gefunden haben: Frau Dr. Metz, Herr Dr. Klaasen, Herr Pfarrer Schrempf: Ihnen ein herzliches Willkommen! Für die Sparkasse Markgräflerland begrüße ich Peter Blubacher und Klaus Pfirrmann, für die Sparkasse Lörrach-Rheinfelden Herrn Klaus Schäuble, jeweils mit Ehefrau. Schön, dass auch der Leiter unserer VHS, Herr Kurz sowie die Schulleitungen von Gymnasium und Realschule, Herr Stratz, übrigens zum letzten Mal in dieser offiziellen Funktion, und Herr Biegler heute Abend unsere Gäste

sind. Ich begrüße ferner die Vertreter von Handwerk und Gewerbe sowie der örtlichen Vereine und sozialen Initiativen. Die Gäste des Neujahrsempfangs spiegeln die große Vielfalt des öffentlichen Lebens in der Doppelgemeinde wider. Ferner begrüße ich auch die Vertreter der örtlichen Presse, Herrn Dorweiler und Herrn Reißmann, und danke Ihnen schon jetzt für die Berichterstattung.

Für Grenzach-Wyhlen war 2016 ein ereignis- und arbeitsreiches sowie erfolgreiches Jahr. In zentralen Entwicklungsprojekten der Gemeinde konnten wichtige Fortschritte erzielt werden. Auf alle Themen einzugehen würde den Rahmen des heutigen Neujahrsempfangs sprengen. Daher möchte ich mich im Folgenden auf einige Ausgewählte beschränken und diese mit einem Ausblick auf das neue Jahr 2017 verbinden.

In meiner Rede beim Neujahrsempfang vor einem Jahr nahm die Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge eine wichtige Rolle ein. Im Frühjahr 2016 wurde die Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises in der Kraftwerkstraße fertiggestellt und 200 Flüchtlinge, die meisten davon Familien aus Syrien, bezogen die provisorische Containerlösung. Dank einer engagierten Betreuung durch die hauptamtlichen Sozialarbeiter sowie die über 100 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern von Amiko Grenzach-Wyhlen hat sich die Gemeinschaftsunterkunft von Beginn an erfolgreich entwickelt. Bereits heute, nach knapp einem Jahr, lassen sich auch dank Ihres Einsatzes viele gute Beispiele gelingender Integration finden. An dieser Stelle möchte ich herzlich dem Team von Amiko für ihr großes Engagement bei der Betreuung und Integration der Flüchtlinge in Grenzach-Wyhlen danken, ohne das sich vieles nicht derart positiv entwickelt hätte. Als Bürgermeister bin ich stolz, wie die Bürgerschaft von Grenzach-Wyhlen diese Herausforderung erfolgreich meistert! Danken möchte ich auch den Anwohnerinnen und Anwohnern der GU in der Kraftwerkstraße und des gesamten Quartiers für Ihr Verständnis und Ihre Geduld.

Ein wichtiger Baustein für den guten Beginn und das Gelingen der Gemeinschaftsunterkunft war sicher auch die umfangreiche Bürgerbeteiligung mit mehreren Workshops im Vorfeld, die viele Fragen beantwortet, Bedenken ausgeräumt und damit die Akzeptanz des Projektes erhöht hat. Von Seiten der Gemeinde war es uns wichtig, entstehende Probleme und Konflikte im Kontext der Gemeinschaftsunterkunft, die bei dieser großen Anzahl von Menschen zwangsläufig nicht ausgeblieben sind, nicht unter den Teppich zu kehren, sondern offen anzusprechen, klare Verhaltensregeln einzufordern und Lösungen zu suchen.

Unterm Strich kann ich bilanzieren, dass sich die Gemeinschaftsunterkunft in der Kraftwerkstraße sehr gut entwickelt hat. Allerdings sind ihre Tage bereits gezählt, der Landkreis Lörrach plant nach heutigem Stand, die Einrichtung Ende dieses Jahres zu schließen.

Bundesweit sind die Zugangszahlen an Flüchtlingen im Jahr 2016, wie vor einigen Tagen bekanntgegeben wurde, auf 280.000 gesunken, nachdem es im Vorjahr noch knapp 900.000 waren. Gleichzeitig hat die neue grün-schwarze Landesregierung beschlossen, die Unterbringung von Flüchtlingen neu zu regeln. Neu ankommende Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sollen in Zukunft direkt von den LEA's, den Landeserstaufnahmestellen, an die Städte und Gemeinden verteilt werden. Die Gemeinschaftsunterkünfte auf Ebene der Landkreise würden damit entfallen. Als Bürgermeister sehe ich, wie übrigens auch viele Kolleginnen und Kollegen, diese neue Regelung kritisch. Die Gemeinschaftsunterkünfte boten die Chance, neu angekommene Flüchtlinge zentral zu betreuen und sie an ihr neues Lebensumfeld schrittweise heranzuführen. Durch die sofortige Verteilung auf die Städte und Gemeinden wird die Betreuung nun erheblich schwieriger und aufwendiger. Wieder einmal wird eine Aufgabe ohne ausreichende finanzielle Ausstattung und Kompensation an die Kommunen weitergereicht.

Der Kreistag des Landkreises hat auf die Entscheidung der Landesregierung reagiert und beschlossen, die Gemeinschaftsunterkünfte bis auf einige wenige Standorte schrittweise abzubauen. Der in Grenzach-Wyhlen geplante Festbau, für den noch im vergangenen Jahr der Landkreis unter Beteiligung der Anwohner und der Gemeinde einen Architektenwettbewerb mit einem sehr gelungenen Siegerentwurf durchgeführt hat, wurde zwischenzeitlich verworfen.

Die Gemeinschaftsunterkunft in der Kraftwerkstraße soll nach heutigem Stand bis Ende 2017 bestehen bleiben. Derzeit führen wir mit dem Landratsamt Gespräche, ob wir einen Teil der mobilen Raumeinheiten für eine Entlastung bei der Anschlussunterbringung übernehmen und anmieten. Dies allerdings nur bis längstens Ende 2018. Zum dem Versprechen an die Anwohnerinnen und Anwohner der Kraftwerkstraße, dass die Container bis spätestens Ende 2018 abgebaut werden, stehen Gemeinderat und ich als Bürgermeister und werden dies auch einhalten! Auf der gemeindeeigenen Fläche, auf der sich die Gemeinschaftsunterkunft in der Kraftwerkstraße befindet, planen wir, dringend benötigten günstigen Wohnraum zu schaffen. Ein Gesamtkonzept für die Entwicklung des Standorts ab 2019 arbeiten wir derzeit aus und werden es im ersten Halbjahr dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit vorstellen.

Die bundesweit gesunkenen Zugangszahlen neuer Flüchtlinge bedeuten aber keineswegs, dass das Problem gelöst ist. Im Gegenteil: Für die Städte und Gemeinden fing die eigentliche Arbeit für die dauerhafte Integration im vergangenen Jahr erst richtig an. Das Thema wird uns auch in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen und vor große Herausforderungen stellen. Nach spätestens zwei Jahren müssen die Flüchtlinge die Gemeinschaftsunterkünfte des Landkreises verlassen und werden für die Anschlussunterbringung gemäß Einwohnerschlüssel auf die Städte und Gemeinden im Landkreis verteilt. Die hohen Zugangszahlen des Jahres 2015 wirken sich somit zeitversetzt aus.

Als Gemeinde sind wir verpflichtet, für die uns zugewiesenen Flüchtlinge Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung, in Grenzach-Wyhlen eine Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises zu errichten, hat sich rückblickend allein schon aus diesem Grund als richtig erwiesen. Zwar hatte im vergangenen Jahr der Landkreis zwischenzeitlich die Zusage, Standortgemeinden von Gemeinschaftsunterkünften von Zuweisungen bei der Anschlussunterbringung auszunehmen, ausgesetzt. Mittlerweile findet aber wieder eine Anrechnung der tatsächlich in der Gemeinschaftsunterkunft belegten Plätze statt und entlastet uns somit bei der Anschlussunterbringung. Angesichts des sehr angespannten Immobilienmarktes in Grenzach-Wyhlen wäre es uns sonst kaum möglich, Wohnraum für die uns zugewiesenen Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Unsere gemeindeeigenen Wohnungen sind alle belegt, auch die beiden Baugenossenschaften haben lange Wartelisten.

Als Gemeinde haben wir uns im vergangenen Jahr damit geholfen, günstige Mietwohnungen auf dem freien Markt anzumieten und an Flüchtlinge für die Anschlussunterbringung zu vermieten. Mittlerweile haben wir über 25 Wohnungen angemietet, damit verbunden ist natürlich ein enormer administrativer Aufwand. An dieser Stelle möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern danken, die uns eine Wohnung auf unsere Aufrufe hin zur Verfügung gestellt haben. Sie haben uns damit sehr geholfen! Mit der Anmietung, zu der es aber zumindest kurzfristig leider keine Alternative gibt, erschöpfen wir als Gemeinde aber zunehmend ein ohnehin in Grenzach-Wyhlen schon sehr knappes Marktsegment, nämlich Wohnungen mit günstigen Kaltmieten unter 7 Euro! Den sozialen Sprengstoff, der sich dahinter verbirgt, müssen wir ernst nehmen und tun dies auch! Es vergeht keine Woche, in dem uns nicht Beschwerden von deutschen Sozialfällen erreichen, die sich damit schwertun eine bezahlbare Wohnung zu finden und sich bei uns beklagen, warum wir Flüchtlingen als Gemeinde günstige Wohnungen zur Verfügung stellen können, ihnen aber nicht. Ich kann diesen Unmut sehr gut nachvollziehen und wir müssen hier dringend überzeugende Antworten in Form einer wirkungsvollen Ausweitung von sozialen Wohnungsbauprojekten geben. Auf lokaler Ebene tun wir alles dafür und haben als Gemeinde im vergangenen Jahr, zusammen mit den beiden Baugenossenschaften und der gemeindeeigenen Wohnungs- und Grundstücks GmbH ein „Bündnis für Wohnen“ ins Leben gerufen. Ich werde darauf im Folgenden noch zurückkommen.

Bund und Land sind aber ebenfalls gefordert, endlich flankierend bei der Schaffung sozialen Wohnungsbaus tätig zu werden. Statt Förderprogrammen, die auf den verzweigten Kanälen des Föderalismus versickern und häufig nicht passgenau sind, bedarf es endlich steuerlichen Anreizen

zur Schaffung günstigen Wohnraums. Die verschärfte Energieeinsparverordnung sowie die Vorschriften der neuen Landesbauordnung, Stichwort überdachte Fahrradabstellplätze, haben dazu geführt, dass bei Neubauten Mieten unter 9 Euro wirtschaftlich kaum mehr darstellbar sind! Bund und Land müssten dringend an diesen Stellschrauben drehen und auch die hohen und zeitraubenden Hürden bei der Bauleitplanung abbauen! Einfach „Wir schaffen das“ zu sagen, löst das Problem der Unterbringung von Flüchtlingen, ihre Betreuung, Sprachvermittlung und die angestrebte Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt nicht! Ich habe im vergangenen Jahr in meiner Neujahrsrede an die Verantwortlichen in Bund und Land appelliert, endlich ihre Hausaufgaben zu machen und zu handeln. Hierzu gehört zwingend, die Städte und Gemeinden mit den erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten, um die Betreuung und Integration der Flüchtlinge zu gewährleisten. Die Kommunen wissen selbst am besten, wie sie die anstehenden Probleme vor Ort lösen! Ernüchternd muss ich leider feststellen: zusätzliche finanzielle Unterstützung, etwa für die Schaffung dringend für die Integration von Flüchtlingskindern benötigter Kindergarten- und Schulplätze, gibt es bis jetzt leider nicht. Die Städte und Gemeinden werden im Regen stehen gelassen, und drohen, von dieser großen Aufgabe zunehmend überfordert zu werden. Schwarzmalen liegt mehr fern, ich möchte aber die Realität ansprechen. Die 1.025 Euro, die es ab 2017 pro Jahr für jeden Flüchtling in der Anschlussunterbringung vom Land geben soll, sind zwar ein Anfang, eher aber ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man bedenkt, dass mit einer Kindergartengruppe Baukosten von etwa 800.000 Euro verbunden sind oder was die Erweiterung einer Schule kostet! Dass wir einen 25-prozentigen Stellenanteil für eine weitere Betreuungsstelle für Flüchtlinge vom Land bezuschusst bekommen, ist erfreulich, reicht aber bei weitem nicht aus.

Verstehen Sie mich bitte richtig: Als weltoffene Gemeinde im Dreiländereck unternehmen wir alles in unserer Macht stehende, um die große Herausforderung von Betreuung, Unterbringung und Integration zu meistern, brauchen hierfür aber angesichts der sonstigen kommunalen Pflichtaufgaben endlich eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Zur Lösung der Problematik gehören auch eine dauerhafte und nachhaltige Begrenzung der Zugangszahlen neuer Flüchtlinge sowie die konsequente Rückführung von Flüchtlingen, deren Asylanträge abgelehnt wurden. Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, Herr Ministerpräsident Kretschmann: Wie bereits an dieser Stelle vor einem Jahr gesagt: Wir können das schaffen, aber nicht durch Sonntagsreden, sondern durch Unterstützung von Bund und Land für die Kommunen. Handeln Sie endlich!

Um das Themenfeld abzuschließen, zumindest für den heutigen Abend, möchte ich unserer Flüchtlingsbeauftragten Frau Geheb danken, die zusammen mit ihrem Team unermüdlich im vergangenen Jahr harf dafür gearbeitet hat, dass es uns gelungen ist, die uns zugewiesenen Flüchtlinge in geeigneten Wohnungen unterzubringen und zusammen mit den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern eine gute Betreuung zu gewährleisten.

Grenzach-Wyhlen verzeichnete auch im vergangenen Jahr wieder einen starken Zuzug, mittlerweile haben wir die Marke von 15.000 Einwohnern durchbrochen! Diese Dynamik schlägt sich auf dem Miet- und Immobilienmarkt nieder. Der Trend steigender Miet- und Kaufpreise ist ungebrochen. An dieser Stelle möchte ich die immer wieder zu hörende Behauptung, daran sei die Schweiz schuld, in das Reich der Märchen überführen: über 95 Prozent unseres Zuzugs kommt aus Deutschland, häufig aus den Metropolen und kommt nach Grenzach-Wyhlen, um entweder bei unseren Industriebetrieben oder in der Schweiz zu arbeiten.

Ein auch nur flüchtiger Blick in jedes Erstsemesterlehrbuch der Volkswirtschaftslehre zeigt, dass die Kombination aus hoher Nachfrage und niedrigem Angebot die Preise explodieren lässt. Hieran kann auch keine gesetzliche Preisregulierung - nichts anderes war der zwischenzeitlich sich als wirkungslos erwiesene Ansatz einer Mietpreisbremse – etwas ändern, sondern nur die konsequente Ausweitung des Angebots. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass es wichtig ist, dabei alle Segmente zu berücksichtigen, vom sozialen Wohnungsbau bis hin zum gehobenen Bereich, und

diese keinesfalls gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen günstigen Wohnraum genauso wie hochwertige Angebote.

Wir sollten es als Chance sehen, wenn gut ausgebildete Fachkräfte, häufig junge Familien mit Kindern, in unserer Gemeinde wohnen möchten! Im vergangenen Jahr konnten wir mit den Gebieten Hornacker, Hörnle und Buchenweg drei Entwicklungsprojekte, die sich in privatem Eigentum befinden, nach intensiver Vorbereitung zusammen mit den Investoren endlich auf den Weg bringen. Im Dezember hat der Gemeinderat die drei Projekte final abgesegnet. Dazu gehört auch das Hotelprojekt am Hörnle, das nun realisiert werden kann. Ab diesem Jahr werden in den drei genannten Gebieten rund 260 dringend benötigte Wohneinheiten entstehen.

Auch das erste Projekt im Rahmen des bereits erwähnten „Bündnis für Wohnen“ nimmt konkrete Formen an. In der südlichen Gartenstraße in Wyhlen, wird die Gemeinde den Baugenossenschaften ein Grundstück deutlich unterhalb des Bodenrichtwerts zur Verfügung stellen. Dort entstehen 60 Wohneinheiten, davon 30 soziale geförderte für Bürgerinnen und Bürger mit Wohnberechtigungsschein. Um die Baukosten und damit auch die zukünftigen Miete niedrig zu halten, verringert die Gemeinde auch den Stellplatzschlüssel für die sozial geförderten Wohneinheiten von 1,5 auf 0,5. Energieeinsparverordnung und Landesbauordnung können wir als Gemeinde nicht beeinflussen, nutzen aber die sich uns bietenden Stellschrauben „Grundstückspreis“ und „Stellplatzvorgaben“. Durch diese innovative Herangehensweise gelingt es, die 30 sozial geförderten Wohnungen zu einem Mietpreis von 6,50 Euro zu realisieren.

Ich danke den Baugenossenschaften herzlich für ihre Arbeit– bei diesem gemeinsamen Projekt, aber auch allgemein: Wir sind froh, dass wir leistungsfähige Baugenossenschaften in Grenzach-Wyhlen haben, die sich bekanntlich zusammenschließen werden. Ohne die Baugenossenschaften wäre die Situation am Wohnungsmarkt deutlich angespannter als sie ohnehin schon ist. Mit unserer gemeindeeigenen Wohnbau werden wir im Jahr 2017 erste eigene Projekte angehen, dies ist Teil der Strategie, das kommunale Unternehmen wieder zu stärken und zu einem wichtigen Instrument der sozialen Wohnungspolitik in Grenzach-Wyhlen zu machen. Die dynamische Entwicklung von Grenzach-Wyhlen und der gesamten Metropolregion Basel wird sich in Zukunft weiter fortsetzen, dafür sprechen alle verfügbaren Hinweise. Daher hat der Gemeinderat im vergangenen Jahr beschlossen, die Entwicklung des neuen Wohnquartiers Kapellenbach-Ost in die Wege zu leiten. In Zusammenarbeit mit einem privaten Erschließungsträger laufen derzeit die ersten Gespräche mit den Eigentümern. Ziel ist, im Jahr 2017 die Aufstellung des Bebauungsplans zu beginnen und damit einen weiteren wichtigen Schritt zur Realisierung des Gebietes, das in voraussichtlich drei Bauabschnitten umgesetzt werden soll, zu vollziehen.

Kapellenbach-Ost soll ein attraktives Quartier mit einer Kombination aus Geschosswohnungsbau, Einzel-, Doppel- sowie Reihenhausbebauung werden. Es soll auch ein vielfältiges Quartier werden mit hoher Aufenthaltsqualität, mit Angeboten für altersgerechtes Wohnen, Pflege und Kinderbetreuung sowie mit einer festgeschriebenen Quote für den sozialen Wohnungsbau von 20 Prozent. Es soll Wohnraum entstehen in allen Preislagen, für Einheimische und neue Bürger. Besonders Familien mit Kindern möchten wir dabei fördern. Die Bauprojekte untermauern die Strategie der Entwicklung von Grenzach-Wyhlen als attraktive, familienfreundliche Industrie- und Wohngemeinde. Zur Kompensation der durch die Gebietsentwicklung wegfallenden Gärten plant die Gemeinde an geeigneter Stelle eine neue Gartensiedlung.

Wichtige Fortschritte sind uns im vergangenen Jahr bei der Entwicklung unserer beiden Ortsmitten gelungen. Bei der neuen Mitte Grenzach haben wir eine städtebauliche Mehrfachbeauftragung durchgeführt, die mit dem „Stadthain“ einen beeindruckenden Siegerentwurf als Ergebnis hatte. Fach- und Sachpreisrichter sprachen sich in der Jury einstimmig für dieses Konzept aus. Im Rahmen einer Beteiligungsveranstaltung kamen ausschließlich positive Stimmen aus der Bevölkerung und im Oktober schloss sich auch der Gemeinderat diesem Entwurf an. Bis September 2017 erstellt das Siegerteam des Büros Salewski&Kretz nun einen städtebaulichen Entwurf und Rahmenplan, der den

Wettbewerbsbeitrag weiter fundieren wird und Grundlage für die weitere Entwicklung des Quartiers sein soll. Parallel dazu bereiten wir die konkrete Umsetzung und Vermarktung der Flächen vor. Im laufenden Jahr wird das Projekt somit weitere wichtige Hürden nehmen.

In der Neuen Mitte Wyhlen haben wir in 2016 einen umfangreichen Beteiligungsprozess abgeschlossen. Die Querspange Kirchstraße wird im laufenden Jahr fertiggestellt werden. Das schon angeführte Bauprojekt mit den Baugenossenschaften und die mit der Querspange einhergehende Neugestaltung des Bahnhofsplatzes bilden einen ersten Baustein für die Wyhlener Mitte. Derzeit sind wir in Gesprächen mit den Eigentümern wichtiger Schlüsselgrundstücke und arbeiten, basierend auf den Ergebnissen der durchgeführten Bürgerbeteiligung, an einem Konzept, das eine sinnvolle Verkehrsführung ebenso berücksichtigt wie die Parkplatzsituation, die Schaffung eines zentralen Platzes als neue, lebendige Ortsmitte sowie die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Straßenraums. Über der Entwicklung der beiden Mitten schwebt die Rathausfrage.

Alle drei historischen Bestandsrathäuser sind stark sanierungsbedürftig, nicht barrierefrei, weisen große Brandschutzprobleme auf und erfüllen nicht die rechtlichen Vorgaben für moderne und zeitgemäße Arbeitsplätze. Hinzu kommen die laufenden Kosten in Höhe von rund 50.000 Euro pro Jahr für die Aufteilung der Verwaltung auf mittlerweile vier Standorte – neben den drei Rathäusern das Dachgeschoss der Hebelschule. Wir haben im November dem Gemeinderat eine Machbarkeitsstudie eines renommierten Architekturbüros vorgestellt, die vier Varianten untersucht: Ein Neubau in der Grenzacher oder Wyhlener Ortsmitte, eine Zentralisierung am Standort Wyhlen, versehen mit einem Erweiterungsbau, oder eine Sanierung aller drei Bestandsrathäuser mit einer kleineren Erweiterung des Wyhlener Standorts. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden im ersten Halbjahr 2017 in einer Bürgerversammlung präsentiert, ehe der Gemeinderat dann eine Grundsatzentscheidung bezüglich der Rathausfrage treffen wird. Bis dann die Realisierung ansteht, wird es aufgrund der zahlreichen Investitionsprojekte in den Bereichen Bildung und Betreuung noch etwas dauern. Die Entscheidung der Standortfrage ist aber der sprichwörtliche gordische Knoten, den es für die weitere Entwicklung der beiden Ortsmitten zu durchzuschlagen gilt. Ich möchte an dieser Stelle aber betonen: ein zentrales und zeitgemäßes Rathaus ist kein Luxus oder Selbstzweck, sondern wichtiger Baustein einer bürgerfreundlichen, modernen und effizienten Verwaltung mit hoher Arbeitgeberattraktivität.

Um die Umgehungsstraße B34neu ist es in den vergangenen Monaten nur scheinbar ruhig geworden. Das Regierungspräsidium Freiburg bringt im Auftrag von Bund und Land die Planung mit Nachdruck voran. Hierzu fanden zahlreiche Abstimmungsgespräche mit der Gemeinde statt. Intensiv wurden dabei auch die Ergebnisse der Bürgerinformation im Februar und des Workshops im März sowie die Eingaben der Bürgerinitiativen diskutiert und geprüft. Gemeinde und Regierungspräsidium haben gemeinsam eine Aktualisierung des Verkehrsgutachtens, das im Jahr 2004 im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erstellt worden ist, in Auftrag gegeben, ergänzt um ein Zukunftsszenario, das sämtliche neuen Wohn- und Gewerbegebiete berücksichtigt, die schon beschlossen sind und in den nächsten Jahren realisiert werden.

Daneben haben Gemeinderat und Verwaltung verschiedene Verbesserungen der bestehenden Planungen angestoßen und auf ihre Machbarkeit überprüfen lassen. So etwa die Realisierung einer weiteren Unterführung unter der Bundesstraße in der Rheinstraße, die die Gemeinde rund 2 Mio. Euro kosten würde oder eine Substitution von flächenverbrauchenden Lärmschutzwällen durch Lärmschutzwände. Am 31. Januar wird eine Sondersitzung des Gemeinderats zum Thema Umgehungsstraße stattfinden, bei der all die genannten Punkte öffentlich vorgestellt und erläutert werden. Ohne diesem Termin vorgreifen zu wollen, ein kurzer Ausblick: die Entlastungswirkung der Umgehungsstraße wird sogar noch deutlich stärker ausfallen als in der Prognose aus dem Jahr 2004 berechnet wurde. Für mögliche Verbesserungen gibt es eine wichtige Spielregel, die vom Gemeinderat bei einer Enthaltung beschlossen wurde: Veränderungen der Umgehungsstraße darf es nur im Rahmen der rechtskräftigen Planfeststellung geben, da sich sonst der Bau um Jahre

verzögern würde. Ziel der Gemeinde ist eine zeitnahe Realisierung. Umso mehr hat uns im Dezember gefreut, dass sowohl der Bauabschnitt Wyhlen als auch Grenzach Bestandteile des neuen Bundesverkehrswegeplans sind. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen Herr Abgeordneter Schuster für Ihren Einsatz für die Finanzierungszusage der Umgehungsstraße durch den Bund zu danken. Auf Ihre Initiative hin hat auch Herr Staatssekretär Barthle im März unsere Gemeinde besucht und sich selbst ein Bild vom dem Projekt gemacht.

Alle eingegangenen Vorschläge und Einwendungen werden und wurden ausführlich geprüft und bewertet, als Gemeinde bemühen wir uns ebenfalls um eine Verbesserung der Planungen im Rahmen des Möglichen. Irgendwann muss aber auch einmal Schluss sein mit Diskussionen und mit dem Bau begonnen werden, zumal die Planfeststellung seit nun beinahe zehn Jahren rechtskräftig und damit mit Rechtsmitteln unangreifbar ist. Das Regierungspräsidium plant für dieses Jahr die Ausschreibung erster Maßnahmen, so dass im Jahr 2018 dann wie geplant mit dem Bau begonnen werden kann. Derzeit laufen schon die Arbeiten an der B34neu im Bereich Hornrain. Hierbei handelt es sich um eine Maßnahme im Rahmen einer Eisenbahnkreuzungsvereinbarung, die den oberirdischen Bahnübergang beseitigen wird.

Das laufende Jahr wird überhaupt das Jahr der Straßenbauprojekte: die Querspange Kirchstraße wird fertiggestellt werden und den Bahnübergang Rheinstraße durch eine Unterführung ersetzen, gleichzeitig wird die seit Jahren geplante Gewerbeverbindungsstraße zwischen dem Fallberg und der Solvaystraße nun endlich gebaut, die B34neu im Bereich Hornrain realisiert und die Straßensanierung Im Rippel abgeschlossen. Die Umgehungsstraße, Querspange und Gewerbeverbindungsstraße bringen große Veränderungen, aber auch Chancen für Grenzach-Wyhlen mit sich. Aus diesem Grund soll im Jahr 2017 ein umfassendes Verkehrs- und Mobilitätskonzept für die Gemeinde unter enger Einbeziehung der Bürgerschaft ausgearbeitet werden. Hierzu wird es mehrere Workshops geben. Ich darf bereits an dieser Stelle herzlich zur Teilnahme einladen. Für 2018/19 planen wir dann als Fortsetzung der lokalen Agenda die Erstellung eines Gesamtentwicklungskonzeptes 2030 für Grenzach-Wyhlen.

Im vergangenen Jahr haben wir die gesetzlich vorgeschriebene Lärmaktionsplanung zu Ende geführt mit dem klaren Ergebnis, dass es auf der B34 in Grenzach und Wyhlen zwei Abschnitte mit Tempo 30 geben wird. Seit über einem halben Jahr warten wir nun schon auf die finale Entscheidung von Landratsamt und Regierungspräsidium, damit diese Maßnahme, die die leidgeprüften Anwohnerinnen und Anwohner von Lärm entlasten soll, umgesetzt werden kann.

Zum Fahrplanwechsel im Dezember konnten wir das ÖPNV-Angebot weiter ausbauen: Das Neufeld, das nach Abschluss der Baugebiets Neufeld-Süd nun 300 neue Bürger hat, wird zukünftig unter der Woche tagsüber im Halbstundentakt angefahren. Zudem gibt es eine neue Buslinie, die durch Wyhlen in das Gewerbegebiet Fallberg fährt. Als dritten Baustein gibt es an Wochenende und vor deutschen und Schweizer Feiertagen nun einen Nachtbus um 1,2 und 3 Uhr, der zum einen Grenzach und Wyhlen untereinander verbindet, aber auch den Anschluss an das Basler Nachtnetz für alle jungen und Junggeblieben herstellt. Mobilität ist ein wichtiger Standortfaktor, daher sind wir stolz auf unser Busangebot, das wir kontinuierlich verbessern. Der Umstand, dass die Buslinie 38, das Baby unseres für ÖPNV zuständigen Ordnungsamtsleiters Jürgen Käufli, einen Fahrgastrekord nach dem nächsten herstellt, seit wir vor zwei Jahren den Viertelstundentakt eingeführt habe, bestärkt uns bei diesem Ansinnen. Die Realisierung der ersten beiden E-Tankstellen in Grenzach und Wyhlen, die Einführung des ersten E-Dienstwagen für die Gemeindeverwaltung sowie einem Ausbau des Car-Sharings, das nun in beiden Ortsteilen ein Auto stehen hat, waren in 2016 weitere wichtige Mosaiksteine auf dem Weg hin zu modernen und flexiblen Mobilitätsangeboten.

Dazu gehört übrigens auch die vom Energiedienst geplante und vom Land geförderte Power-to-Gas-Anlage am Wasserkraftwerk in Wyhlen, die Grundlage für die weitere Erprobung und Ausbreitung der Brennstoffzellentechnologie ist. Übrigens möchte ich an dieser Stelle betonen: Entgegen anderslautender Behauptung wird die Power-to-Gas-Anlage natürlich nicht im Naturschutzgebiet

gebaut, sondern auf dem schon bestehenden Werksgelände des Energiedienstes. Wir freuen uns, dass wir Standort für eine solche innovative Pilotanlage sind.

Seit der Energiedienst eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit und Anwohnerinformation verfolgt, hat sich die Akzeptanz dieses Projektes in der Bevölkerung deutlich verbessert und ich freue mich auf die Realisierung in 2017.

Rechtzeitig zum Auslaufen der Veränderungssperre Anfang Mai 2016 haben wir im Gemeinderat den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Rheinvorland-West getroffen. Der Bebauungsplan ist nun rechtskräftig und überplant das BASF-Areal. Es war ein Mammutverfahren, das sich über mehrere Jahre erstreckt und für die Gemeinde rund 600.000 Euro an Kosten verursacht hat. Wir müssen dies aber als Investition in die Zukunft unserer Gemeinde ansehen. Die Ansiedlung der Firma Zimmermann konnte verhindert werden. Die Strategie, die Ansiedlung im Bebauungsplan nicht auszuschließen, was rechtlich auch nicht möglich gewesen wäre, sondern einen möglichen Standort sehr restriktiv festzulegen, hat sich rückblickend bewährt. An dieser Stelle möchte ich unseren beiden Beratern Prof. Birk und Prof. Baldauf aus Stuttgart und ihre jeweiligen Teams anführen, deren großer Erfahrung und Kompetenz wir den positiven Abschluss des Verfahrens mit zu verdanken haben. Zimmermann und BASF haben sich auf eine Auflösung der bestehenden Ansiedlungsverträge geeinigt, was für die Gemeinde ein großer Erfolg war. Ich denke, der nächste Schritt muss nun sein, gemeinsam mit BASF den Standort zu entwickeln. Hierfür sind wir in Gespräch mit BASF. An dieser Stelle möchte ich aber auch betonen: Wir sind froh, ein global tätiges Unternehmen wie BASF in unserer Gemeinde zu haben und freuen uns über die getätigten Investitionen von über 40 Mio. Euro, die ein Bekenntnis zum Standort Grenzach-Wyhlen sind. Ich bin zuversichtlich, dass es uns, damit meine ich Gemeinde und BASF, gelingen wird, gemeinsam gute Lösungen zu suchen und die brachliegenden Flächen mittelfristig einer neuen, wertschöpfenden Nutzung zuzuführen.

Still ruht der See bzw. das Regierungspräsidium: Auch im Jahr 2 nach Einlegung unseres Widerspruchs gegen den Sanierungsbescheid des Landratsamtes für die Sanierung des Perimeters 2 der Kesslergrube haben wir noch immer kein Ergebnis. Ich gehe davon, dass unsere 60-seitige, fundierte Widerspruchsschrift wohl gute Argumente für einen Totalaushub der Kesslergrube beinhaltet und daher noch immer intensiv geprüft wird. Ich bin gespannt, ob ich auch in meiner Neujahrsrede 2018 verkünden muss: Aus Freiburg nichts Neues! An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, dem Zukunftsforum Grenzach für das Engagement bei den Themen Rheinvorland-West und Kesslergrube zu danken! Umso mehr freuen uns natürlich die Fortschritte der Sanierung der Perimeter 1 und 3 der Kesslergrube durch Roche in Form eines Totalaushubs, begleitet durch vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit und illustriert durch ein beeindruckendes Besucherzentrum, dessen Besuch sehr lohnenswert ist. Die Themen Ganztagesgrundschule und Kinderbetreuung haben uns im vergangenen Jahr intensiv beschäftigt und werden auch in 2017 einen zentralen Schwerpunkt der Kommunalpolitik bilden. Zum Schuljahr 2017/18 wird an der Bärenfelsschule die Ganztagesgrundschule in Wahlform beginnen.

Am 30. Januar findet hierzu eine Informationsveranstaltung für alle interessierten Eltern statt. Wir haben mit Schulamt besprochen, dass es durch das Instrument des Schulbezirkswechsel unbürokratisch möglich sein wird, dass auch Kinder aus Wyhlen das Ganztagesangebot in Anspruch nehmen können. Für die Umsetzung der Ganztagesgrundschule bauen wir zwischen Pavillon I und II der Bärenfelsschule seit Januar für 2,9 Mio. Euro eine Mensa. Die Mensa ist der erste Schritt hin zum Bildungscampus „Neue Mitte“ und zur Realisierung der Ganztagesgrundschule. Die Fertigstellung ist für den Herbst dieses Jahres geplant. Die Mensa soll einerseits die Essensversorgung der Bärenfelsschule sowie des neuen, ab 2018/19 zu bauenden Kindergartens in der Neuen Mitte übernehmen, daneben aber auch den Neubau des Kindergartens Löwenzahn sowie weitere Betreuungseinrichtungen als Zentralmensa für Grenzach mit Essen versorgen. Die Mensaräume können multifunktional auch für die Nachmittagsbetreuung, den Schulbetrieb sowie für außerschulische Veranstaltungen verwendet werden.

Im neuen Jahr wird auch der Spatenstich für den fünf Millionen Euro teuren Neubau des Kindergartens Löwenzahn erfolgen. Bereits im vergangenen Jahr fand der Abriss des alten Gebäudes statt. Bis Anfang 2019 entstehen am neuen alten Standort vier Kindergarten- und zwei Krippengruppen. Damit werden dringend benötigte Betreuungsplätze geschaffen. Leider hat Grenzach-Wyhlen über Jahre den Trend zur Krippenbetreuung und zu Ganztagesangeboten verschlafen. Uns fehlen derzeit noch immer allein über 100 Krippenplätze.

Rund 60 Prozent der Eltern mit Kindern unter drei Jahren nehmen in Grenzach-Wyhlen einen Krippenplatz in Anspruch, bundesweit sind es sonst rund 35 Prozent. Dies stellt die Gemeinde vor großen Herausforderungen! Schrittweise wollen wir unseren 2015 vorgestellten Masterplan 2020 zum Ausbau der Betreuungsangebote umsetzen und den bestehenden Mangel abbauen. Hier sind wir voll im Zeitplan! Zu dieser Strategie gehört auch der neue Waldkindergarten, den die Elterninitiative Spielweise mit Unterstützung der Gemeinde ab dem 1. März anbieten wird: ein tolles Angebot, das 20 weitere Kindergartenplätze schafft. Betreuungsangebote sind ein zentraler Standortfaktor für eine Industriegemeinde. Daher freue ich mich auch sehr über das Engagement von Roche, die die unternehmenseigene Kita mit großen Investitionen ausbaut.

Ab dem Schuljahr 2018/19 wird auch die Lindenschule nach dem Beschluss des Gemeinderats Ganztagesgrundschule in Wahlform werden. Dies macht ebenfalls umfangreiche bauliche Maßnahmen erforderlich, für die wir im Jahr 2017 die Planung nach Ausarbeitung des Raumprogramms in Form eines Architektenwettbewerbs voranbringen möchten. Aufgrund der steigenden Schülerzahlen treffen wir außerdem Vorbereitungen für die Aufstockung und Erweiterung unseres Schulzentrums. Dies sichert langfristig den Bestand von Realschule und Gymnasium. Selbst unter Berücksichtigung aller Zuschüsse werden wir in den kommenden fünf Jahren einen Betrag von rund 20 Mio. Euro für die Umsetzung der Ganztagesgrundschulen, die Erweiterung des Schulzentrums sowie den weiteren Ausbau von Kindergarten- und Krippenangeboten als Gemeinde aufwenden müssen. Eine gewaltige Herausforderung, aber auch eine sinnvolle und wichtige Zukunftsinvestition in den Standortfaktor Bildung. Das Geld ist auf alle Fälle in den genannten Projekten besser angelegt, als auf die auf unseren Konten noch vorhandene Liquidität seit Januar 2017 Minuszinsen von 0,4 Prozent pro Jahr bezahlen zu müssen. Gut angelaufen ist übrigens die Schulsozialarbeit an Realschule und Gymnasium, die wir neben dem bestehenden Angebot an der Bärenfelschule im vergangenen Jahr installieren konnten.

Schnelles Internet ist ein weiterer wichtiger Standortfaktor für die Entwicklung einer Gemeinde. Grenzach-Wyhlen ist dem Zweckverband Breitbandversorgung des Landkreises Lörrach beigetreten, der im gesamten Kreis ein sogenanntes Backbonenet, das ist eine überregionale Datenautobahn, errichtet und auch den Ortsnetzausbau umsetzt. Ziel ist, bis 2018 im gesamten Gemeindegebiet eine Mindestgeschwindigkeit von 50 Mbit zu erreichen und bis 2030 Glasfaserleitungen an jedes Haus zu legen. Im neuen Jahr geht es mit dem Ausbau des schnellen Internets in den stark unterversorgten Bereichen los: für den Fallberg sowie den Ruhrberg wird es bereits sehr zeitnah eine deutliche Verbesserung geben, das Neufeld wird Ende 2017 bzw. spätestens Anfang 2018 folgen. Hier sind wir auf einem guten Weg! Im Frühjahr wird der Betreiber des kommunalen Netzes, der die Ausschreibung für sich entschieden hat, vorgestellt werden und seinen Betrieb aufnehmen. Der Zweckverband kann nur erfolgreich sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger sowie die örtlichen Unternehmen das Angebot auch nutzen. Wir werden daher zusammen mit dem Zweckverband zu gegebener Zeit ausführlich informieren und die Werbetrommel rühren.

Beschäftigt hat uns nach der Häufung von Starkregenereignissen mit jeweils großen Schäden in den vergangenen beiden Jahren auch das Thema Hochwasserschutz. Hier haben wir ein Konzept ausgearbeitet, das nachhaltig an den Ursachen ansetzt und oben im Wald ausreichend Versickerungs- und Rückhalteflächen schaffen soll. Derzeit läuft zusammen mit den Fachbehörden die Planung erster konkreter Maßnahmen, die wir in 2017 angehen und schrittweise umsetzen möchten.

Ein wichtiges Zukunftsthema für die Gemeinde ist auch die Ansiedlung neuer Firmen. Derzeit haben wir, ich bin bereits im vergangenen Jahr darauf eingegangen, keine gemeindeeigenen Gewerbeflächen mehr. Dies ist misslich, denn Anfragen mit interessierten Ansiedlungswünschen gibt es genug. Im Jahr 2016 haben wir die Entwicklung des Gebiets Fallberg-Nord in die Wege geleitet, für dieses Jahr ist der Einstieg in das Bebauungsplanverfahren geplant. Gleichzeitig bauen wir eine professionelle Wirtschaftsförderung mit Standortmarketing auf. Eine Industriegemeinde unserer Größe, die Standort von Weltfirmen ist und attraktive Entwicklungsmöglichkeiten aufweist, braucht einfach ein solches Instrument.

Dies war, neben vielen anderen Handlungsempfehlungen, übrigens auch eines der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung, die wir im vergangenen Jahr zusammen mit der Unternehmensberatung KPMG durchgeführt haben. Dabei wurde unter enger Einbeziehung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die gesamte Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung unter die Lupe genommen und eine konsequente Aufgabenkritik durchgeführt. Die Ergebnisse haben wir Ende 2016 öffentlich präsentiert und werden sie nun schrittweise umsetzen. Eine der Aussagen des Gutachtens war auch, dass wir als Gemeinde mit 15.000 Einwohner dringend auch hauptamtliche Ansprechpartner für die Bereiche Senioren und Kultur, um das vorhandene ehrenamtliche Engagement zu unterstützen und zu koordinieren. Im ersten Halbjahr 2017 wird übrigens auch die angekündigte Öffnung des Bürgerbüros am Samstagvormittag umgesetzt werden – für mich, ebenso wie der Ausbau von e-Government-Angeboten, ein wichtiger Baustein für eine bürger- und servicefreundliche Kommune! Daneben werden wir weitere Anstrengungen unternehmen, uns als attraktiver, familienfreundlicher Arbeitgeber zu präsentieren, der flexible Arbeitszeiten, Teilzeitangebote und Homeoffice-Möglichkeiten verbindet mit Betreuungsplätzen für die Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, guten Fortbildungsmöglichkeiten sowie einem betrieblichen Gesundheitsmanagement. Dies ist unverzichtbar, um angesichts des Fachkräftemangels und der Konkurrenz zur Schweiz auch zukünftig gute Fachkräfte für unsere Verwaltung zu gewinnen und zu halten.

An dieser Stelle möchte ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken: Die Verwaltung hat ein motiviertes, engagiertes und kompetentes Team, die Zusammenarbeit macht großen Spaß und gemeinsam bringen wir die zahlreichen Projekte und Themen voran. Mit unserer neuen Bauamtsleitung Frau Schneider sowie der Besetzung weiterer wichtiger Stellen können wir die anstehenden Aufgaben nun mit Elan angehen.

Hervorragend bewährt hat sich die Einführung eines Ratsinformationssystems für die Bürger im Internet sowie die Umstellung von ausgedruckten Sitzungsvorlagen auf iPads für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Damit sparen wir bis zu 20.000 Seiten Kopien pro Gemeinderatssitzung, schonen die Umwelt und verbessern die Recherchemöglichkeiten sowie die Transparenz der Gremienarbeit

Beim Haushalt sind wir weiterhin auf Konsolidierungskurs. Im ersten Halbjahr 2017 werden wir die Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts und damit den Übergang zu einer ressourcen- und produktorientierten Steuerung abgeschlossen haben und werden dann den Ausbau der internen Kosten- und Leistungsrechnung als zentrales Controlling- und Steuerungsinstrument vorantreiben. Vereinfacht gesagt haben wir dann wie ein Unternehmen eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung. Als Gemeinde sind wir auch eine Art Unternehmen, nämlich ein Dienstleistungsunternehmen, das öffentliche Güter und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger produziert. Der Haushalt 2017 sieht im Ergebnishaushalt ein Defizit von rund 1 Mio. Euro vor Abschreibungen vor. Durch außerordentliche Erträge durch den absehbaren Verkauf von Grundstücken wird sich das Ergebnis zwar noch verbessern, Ziel muss aber sein, in den nächsten vier Jahren einen strukturell ausgeglichen Ergebnishaushalt zu erreichen. Ich möchte unserer Kämmerin Frau Mack und dem gesamten Team der Finanzverwaltung danken für die engagierte Arbeit bei der Umsetzung des Neuen Haushaltsrechts.

Im Haushaltsentwurf 2017 haben wir Rekordinvestitionen in einem Umfang von rund 12 Mio. Euro vorgesehen. Neben den Bauprojekten Mensa und Kindergarten Löwenzahn sowie den Straßenbauprojekten werden wir für 1 Mio. Euro die Hochrheinhalle sanieren – Dach, Heizung, Elektrik, Sanitäreanlagen und Foyer bedürfen dringend einer Erneuerung, um die Substanz nicht zu gefährden. Wir werden bei der Unterhaltung der bestehenden Infrastruktur in Zukunft eine neue Strategie fahren und schwerpunktmäßig uns jedes Jahr einzelne Gebäude für eine Sanierung vornehmen, statt viele Arbeiten verstreut auf mehrere Objekte vorzunehmen. Das hat den Vorteil, dass die Maßnahmen bilanziell aktivierbar sind und nicht ergebniswirksam werden. Auf diese Weise soll Schritt für Schritt der bestehende Sanierungsstau bei den öffentlichen Einrichtungen abgebaut werden. Alle Erwartungen gesprengt hat die Entwicklung der Vergnügungssteuer: Durch den Übergang von der Pauschal- zur Bruttobesteuerung konnten wir die Einnahmen von 60.000 Euro auf beinahe rund 900.000 Euro steigern. Bedenklich stimmt nur das Umsatzvolumen, das mit Glücksspiel erzielt wird.

Abschließend möchte in Danke sagen: Zum einen unseren mehr als 70 Vereinen in Grenzach-Wyhlen und allen darin ehrenamtlich Engagierten! Sie prägen das sportliche sowie kulturelle Leben unserer Gemeinde und pflegen Brauchtum. Dafür ein herzliches Dankeschön. Als Gemeinde unterstützen wir dies gerne, sei es durch finanzielle Förderung, die unentgeltliche Zurverfügungstellung von Trainings- und Hallenkapazitäten, aber auch durch Leistungen des Werkhofs. Trotz allem Zwang zur Haushaltskonsolidierung soll daran nicht gerüttelt werden. Im Jahr 2017 wird es einen „Tag des Ehrenamts“ geben, an dem wir dieses Engagement würdigen möchten. Erfreulich ist auch, dass es gelungen ist, gemeinsam mit dem Turnerbund Wyhlen ein Konzept für die dauerhafte Sicherung des Festplatzes am Turnerheim zu entwickeln, das nun umgesetzt wird. Damit werden sowohl die traditionsreichen Feste wie auch der Wagenbau für Fastnacht an dem Standort weiter ermöglicht. Das Partnerschaftskomitee mit Frau Staab an der Spitze hat im vergangenen Jahr wieder den lebendigen Austausch mit Pietrasanta und den anderen verschwisterten Städten gepflegt – dafür herzlichen Dank! Danken möchte ich den Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für die sachorientierte, vertrauensvolle Zusammenarbeit und ihren großen Einsatz in Gemeinderats- und Ausschusssitzungen sowie zahlreichen weiteren Terminen. Ich weiß, dass die vielen Projekte und die dynamische Entwicklung der Gemeinde das ehrenamtlich tätige Gremium sehr fordern. Dieses Engagement möchte ich würdigen und an dieser Stelle auch ein Wort an Kritiker richten: Gemeinderat, Verwaltung und auch ich als Bürgermeister freuen sich über jede Form von aktiver Beteiligung sowie Rückmeldung, sei es Lob oder natürlich auch fundierte Kritik. Sobald Gemeinderäte und Mitarbeiter der Verwaltung aber persönlich angegangen oder diffamiert werden, wie es leider auch vorgekommen ist, weil man mit getroffenen Entscheidungen persönlich nicht einverstanden sein mag, werden rote Linien überschritten. In zweieinhalb Jahren sind übrigens wieder Kommunalwahlen. Jede Fraktion freut sich über engagierte Bewerber, die für die kommende fünfjährige Wahlperiode die Geschicke unserer Gemeinde als Gemeinderäte mitgestalten möchten. Gestatten Sie mir zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Meine Frau und ich sind im März des vergangenen Jahres nach Grenzach-Wyhlen gezogen und fühlen uns hier sehr wohl. Mit unserem Ende Juni geborenen Töchterchen Cara Augusta Florentine haben wir unseren Beitrag zur großen Nachfrage nach Betreuungsangeboten geleistet. Auch nach zwei Jahren im Amt kann ich sagen: Die Arbeit als Bürgermeister von Grenzach-Wyhlen macht mir großen Spaß. Ich freue mich auf ein spannendes Jahr 2017 mit vielen interessanten Projekten und hoffentlich weiteren Fortschritten für die Entwicklung von Grenzach-Wyhlen.

Ich möchte Ihnen allen ein gesegnetes, gutes neues Jahr 2017 wünschen. Möge es ein erfolgreiches, gutes und friedvolles Jahr werden – für die Welt, unser Land, unsere Gemeinde sowie jeden von uns!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.